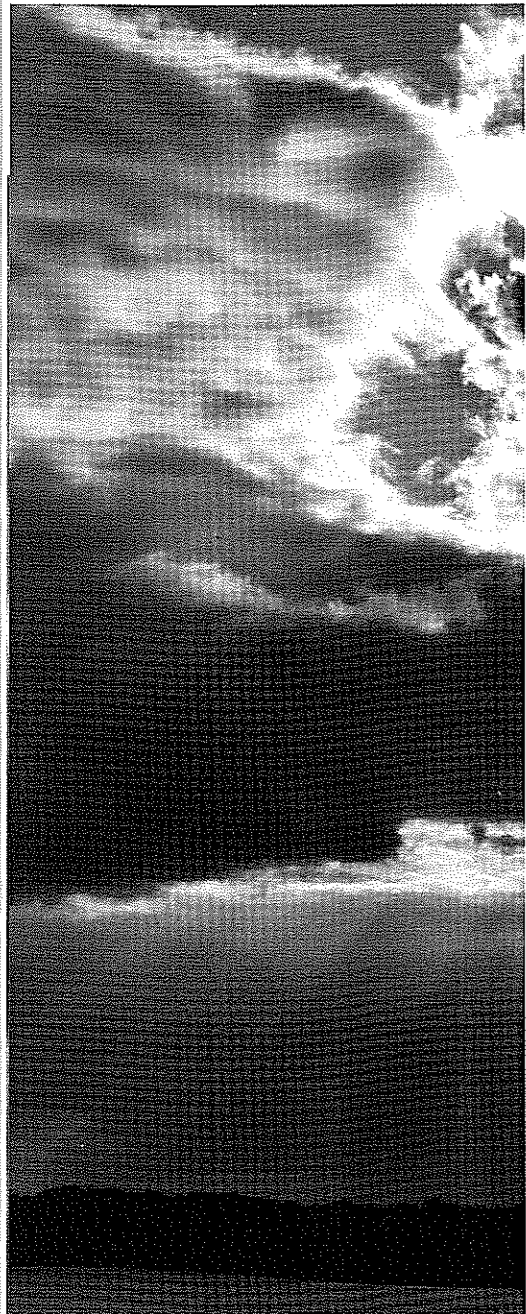


Sieht nach Regen aus

> Insolvenzen

Badische Dienstleister und Firmen des Verarbeitenden Gewerbes waren 2009 überproportional von Insolvenzen betroffen. Kaum erholt sich die Konjunktur, lauert eine neue Gefahr: überschuldete Verbraucher, die ihren Zahlungsverpflichtungen immer seltener nachkommen. Es ist der Anfang eines Teufelskreises, dem gerade kleine Handwerksbetriebe nur schwer entkommen. Denn auch in Baden-Württemberg steigt die Zahl der privaten Insolvenzen weiter an.

Werden erste Anzeichen einer drohenden Insolvenz ignoriert, droht sie, wie ein Unwetter über dem Unternehmen hereinzubrechen.



Noch im Sommer 2008 staunte die versammelte Presse nicht schlecht, als die lettische Unternehmerin Ieva Plaude, frisch gebackene Neu-Eigentümerin des Baden-Badener Kosmetikherstellers Fribad, vollmundig verkündete: „Der Standort Baden-Baden wird auf jeden Fall erhalten bleiben.“ Damit sollte sie Recht behalten, doch inzwischen firmiert Fribad unter dem Namen Baden-Baden Cosmetics Group (BCG). Was war passiert? Zum damaligen Zeitpunkt drückte Fribad ein Verlust von mehr als zwei Millionen Euro. Mit einer Expansionsstrategie, unter anderem in Asien, sollte das Unternehmen wieder in die Spur finden. Eigenmarken wie Sans-Soucis oder Biodroga sollten marketingmäßig in neuem Glanz erstrahlen. Doch es kam ganz anders. Plaude schonte Umsatzzahlen, statt 60 Millionen Euro setzte Fribad 2007 nur rund 36 Millionen Euro um. Die Lage spitzte sich zu, als die Lettin den Chef des bayerischen Kosmetikproduzenten Langguth, Jürgen Röhlinger, heiratete und der plötzlich als Mitgesellschafter und Retter von Fribad auftrat. Doch aus der angestrebten Restrukturierung wurde nichts. Im Frühjahr 2009 meldete der Kosmetikhersteller beim zuständigen Amtsgericht Insolvenz an, während die Mitarbeiter weiter auf ihre Löhne warteten. Gegen Plaude und Röhlinger läuft mittlerweile ein Ermittlungsverfahren wegen unzulässiger Geldabflüsse, der Verdacht einer Insolvenzverschleppung steht im Raum. 70 Jahre nach seiner Gründung fand das Kapitel Fribad ein unrühmliches Ende.

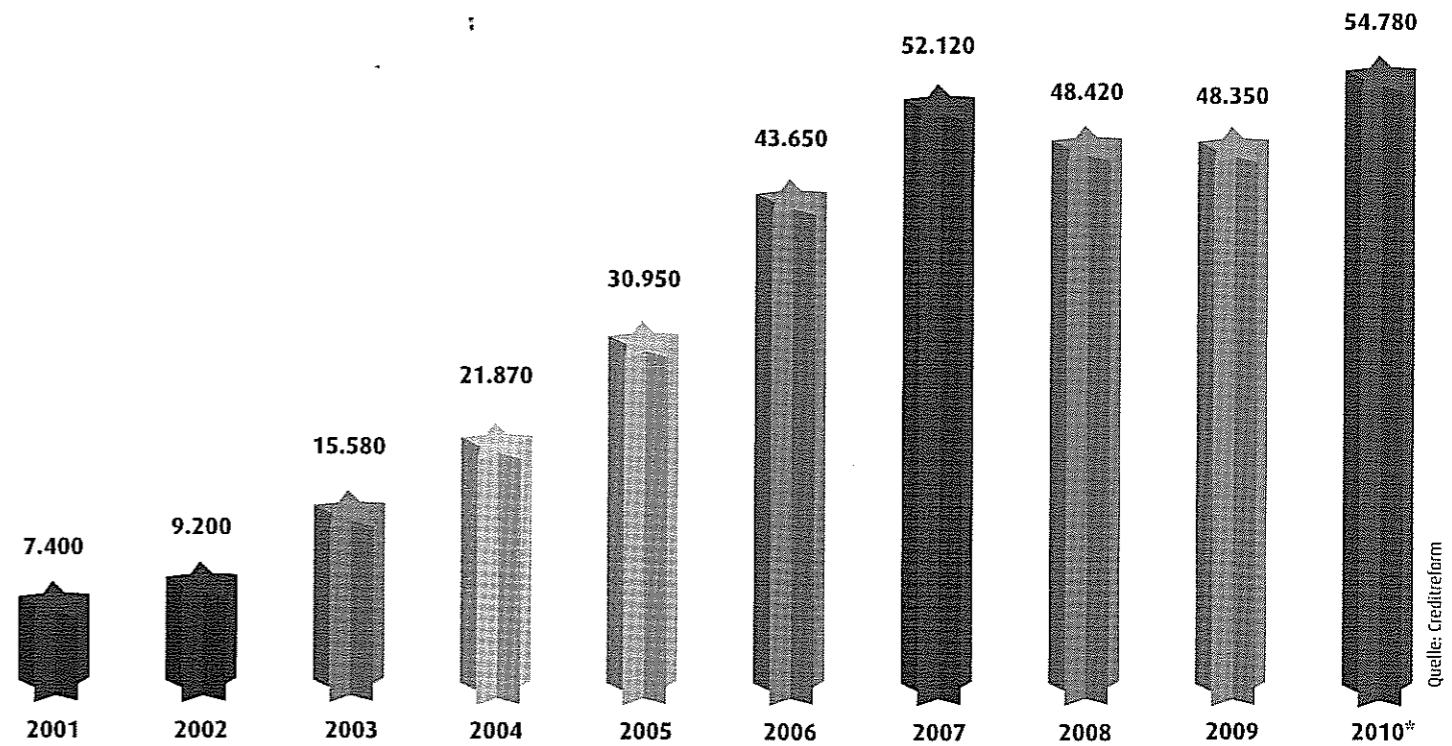
Unternehmen geraten nicht nur in volkswirtschaftlichen Krisen in Schräglage – ein Großteil der Probleme ist oft hausgemacht

Es muss nicht immer gleich ein Wirtschaftskrimi à la Fribad sein, dem eine Insolvenz vorausseilt. Doch wie bei Fribad kündigen sich Unternehmenskrisen meist schon vor ihrem donnernden Ausbruch durch subtile Signale an. Experten sprechen von einem Zeitraum von drei Jahren von der Krise bis zur endgültigen Pleite. Dabei sind die Probleme nicht zwangsläufig auf allgemeine volkswirtschaftliche Krisen zurückzuführen, ein Gutteil ist hausgemacht und basiert auf Fehler im Management. Fribad-Insolvenzverwalter Andreas Fischer nennt die Gründe, die zur Insolvenz seines „Patienten“ führten: „Häufig wechselnde Geschäftsführer, mangelnde Führung in Bezug auf die Koordination abteilungsübergreifender Vorgänge, ein fehlendes Kostenbewusstsein sowie falsche Marketingstrategien“, erläutert er. Werden diese Fehler nicht beseitigt oder bleiben sie bewusst unbeachtet, setzt sich ein teuflischer Prozess in Gang: Auftrags- und Ertragseinbrüche, ein Anstieg von Forderungsausfällen, Absinken der Mitarbeitermotivation und schließlich der Abbau von Arbeitsplätzen. Spätestens jetzt wird die interne Unternehmenskrise zu einer öffentlichen. Die Folgen: Imageprobleme, Kunden springen ab oder bleiben aus, die Eigenkapitalreserven gehen zur Neige. Von der Liquiditätskrise bis zur Insolvenz ist es dann nur noch ein Katzensprung. „Häufig nehmen die Geschäftsleiter die ersten Anzeichen einer strategischen Krise nicht ernst genug. Sie verfahren nach dem Grundsatz ‚Es ist bislang immer gut gegangen.‘“, sagt Ferdinand Kießner, Rechtsanwalt →

Legt sich die Insolvenz wie eine dunkle, schwere Last über das Unternehmen, kann ein Insolvenzplanverfahren der Weg aus der Krise sein.

Verbraucherinsolvenzen

Die Grafik zeigt die Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen in Deutschland jeweils im ersten Halbjahr. Von privaten Schuldenmachern geht ein immer höheres Gefährdungspotenzial aus, insbesondere für kleine Handwerksbetriebe und Dienstleister. Diese gelangen aufgrund der Überschuldung ihrer Auftraggeber häufig selbst in Zahlungsverzug. Dadurch droht auch ihnen der Gang in die Insolvenz.



* von Creditreform geschätzt

Anzeigen

Anzeigenschluss
 unserer September-Ausgabe
 ist am 6. August 2010.

Ansprechpartnerin:
 Andrea Rüdewitz
 Tel.: 0781/504-5601
 Fax: 781/504-5609
 anzeigen@inside-b.de



Ekkehard Stehle
 Steuerberater

Otto-Göller-Straße 8
 77716 Haslach i. K.

Fachberater
 für Sanierung und
 Insolvenzverwaltung (DStV e. V.)

Krisen-, Sanierungs- und
 Insolvenzberatung



Angestellt gem. § 58 StBerG

Dipl. Finanzwirt (FH)
Michael Morath
 Steuerberater
 Landwirtschaftliche Buchstelle

Telefon 07832 9165 0
 Telefax 07832 9165 50

mail@stehle-steuerberater.de
 www.stehle-steuerberater.de

bei der Acherner Kanzlei Schultze & Braun. Viel zu oft würde viel zu spät auf Liquiditätskrisen reagiert und die Notbremse in Form eines vorbereiteten Insolvenzantrags gezogen. Meist erst dann, wenn die letzten Reserven aufgebraucht seien, so Kießner weiter.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres mussten nach Angaben der Wirtschaftsauskunftei Creditreform trotz konjunktureller Erholung 17.360 Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen – 7,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Nach eineinhalb Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Kapitalreserven vieler Unternehmen erschöpft, hinzu kommt eine restriktive Kreditvergabe. Dass sich das Insolvenzgeschehen auf die kleinen Mittelständler verlagert hat, belegen die Zahlen von Creditreform: So erhöhte sich der Anteil der Kleinbetriebe mit einem Jahresumsatz bis 500.000 Euro am deutschen Insolvenzgeschehen von 61,5 auf 63,7 Prozent. Insgesamt zählt dieser Bereich 11.050 Insolvenzen, eine Zunahme um 10,9 Prozent. Ein Blick nach Baden-Württemberg bestätigt das. Auch im Ländle erhöhte sich nach Angaben des Statistischen Landesamtes die Anzahl der Insolvenzverfahren im Jahr 2009 bei

Experten rechnen mit einem moderaten Anstieg der Firmeninsolvenzen im Geschäftsjahr 2010

Einzelunternehmen, Freien Berufen und Kleingewerben auf 1.034 – ein Plus von 12,1 Prozent gegenüber 2008. Auch die Regierungsbezirke Badens haben nicht gerade Positives zu vermelden. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterließ auch in den Unternehmen am Oberrhein ihre Spuren. Beispiel Karlsruhe: Gab es 2008 noch insgesamt 525 Insolvenzverfahren, waren es 2009 bereits 721. Entsprechend stieg die Zahl der betroffenen Mitarbeiter von 2.790 auf 6.545. Ein ähnliches, wenn nicht ganz so gravierendes Bild ergibt sich für Freiburg: Standen 2008 noch 539 Insolvenzen im Regierungsbezirk zu Buche, waren es 2009 schon 588.

Ob das Versandhaus Quelle, der Unterwäscheproduzent Schiesser oder der Porzellanhersteller Rosenthal – 2009 war das Jahr der Großinsolvenzen. Gerade deshalb soll, so verkünden die Analysen, 2010 ein neues Rekordjahr in Sachen Unternehmenspleiten werden. Zu Beginn des Jahres hielt der Insolvenzverwalter-Verband bis zu 40.000 neue Insolvenzen für möglich, 230 von 10.000 Mittelständlern seien etwa durch massiven Zahlungsverzug stark gefährdet, hieß es. Einen Anstieg von 11,1 Prozent prognostizierte noch im vergangenen Jahr der Kreditversicherer Euler Hermes in seiner Insolvenzprognose 2010. Ferdinand Kießner von Schultze & Braun relativiert das Szenario: „In den ersten vier Monaten des Jahres lagen die Unternehmensinsolvenzen in Deutschland etwa ein Prozent unter dem Wert des gleichen Vorjahreszeitraums“, sagt er. Deshalb sei die befürchtete Insolvenzwelle bisher ausgeblieben. Trotzdem sei die Krise noch lange nicht vorbei. „Der schwache Euro begünstigt zum einen die Export-Industrie, verteuert aber auch die Energiekosten“, klärt der Jurist auf. Außerdem seien Finanzierungen für Neugründungen, besonders bei der Übernahme eines insolventen Unternehmens durch einen neuen Interessenten (übertragende Sanierung), außerordentlich schwierig und langwierig. Ein

Anstieg der Firmenpleiten sei daher wahrscheinlich, doch nicht in dem Ausmaß wie bislang angenommen, relativiert Kießner.

Wer insolvent ist, ist entweder nicht zahlungsfähig, ist von Zahlungsunfähigkeit bedroht oder schlichtweg überschuldet. So definiert es der Gesetzgeber in der Insolvenzordnung. Aus Angst vor Imageschäden und dem Stigma des persönlichen Versagens schieben viele Unternehmensbosse diese Probleme vor sich her, bis es zum großen Knall kommt. Doch eine Insolvenz muss nicht gleich das Aus bedeuten. Das Stichwort: Insolvenzplanverfahren. Kommt es zum Einsatz, kann das betroffene Unternehmen in der Insolvenz saniert werden. Dafür entwickelt der Insolvenzverwalter ein Sanierungskonzept und verhandelt mit den Gläubigern über den Verzicht auf Anteile ihrer Forderungen. Obwohl die Gläubiger in der Regel mit höheren und schnelleren Auszahlungsquoten als bei einer Liquidation des Unternehmens rechnen können und der Schuldner die Möglichkeit hat, Eigentümer seiner Firma zu bleiben, spielt das Insolvenzplanverfahren in der Praxis bislang nur eine klägliche Nebenrolle. Lediglich in ein bis zwei Prozent der Fälle kommt es nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) zum Tragen. „Das Insolvenzplanverfahren bietet für alle Beteiligten Vorteile, denn es hat einen schwächeren Eingriff in die Unternehmensführung zur Folge“, sagt Kießner, der nach eigenen Angaben bislang nur sehr gute Erfahrungen damit gemacht hat. Durch die Chance, den Unternehmensträger halten zu können, könnten gewachsene Vertragsbeziehungen zu den Marktteilnehmern fortgeführt werden, besonders bedeutsam bei Lizenzvereinbarungen oder langfristigen Mietverträgen. Doch Experten weisen auch auf strukturelle Mängel hin. Etwa darauf, dass die Gläubiger keinen Einfluss auf die Wahl des Insolvenzverwalters hätten und so

Ein Teufelskreis: Verschlechtert sich die Wirtschaftslage, lässt oft auch die Zahlungsmoral der Kunden nach

die Gefahr des Boykotts des laufenden Verfahrens gegeben sei. „Auch durch eine übertragende Sanierung wird die Betriebseinheit ganz oder teilweise erhalten, besonders das Know-how der Mitarbeiter und sonstige immaterielle Unternehmenswerte“, bekräftigt Kießner. Schenkt man dem Bundesbank-Präsidenten Axel Weber Glauben, so lässt die Geschwindigkeit des Wirtschaftsabschwungs allmählich nach. Von der Erholung der Konjunktur profitieren jedoch nicht alle Branchen gleichermaßen. Im Verarbeitenden Gewerbe etwa sank die Zahl der Konkurse nach einem kräftigen Anstieg im vergangenen Jahr um zwei Prozent auf 1.500 Fälle. 2.560 Firmen gingen im Baugewerbe insolvent, ein Minus von 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Handel hingegen legte bei den Firmenpleiten um 5,6 Prozent auf 3.740 Fälle zu, ebenso wie die Dienstleister. Die Branche sieht sich mit einem Anstieg von saten 13,1 Prozent auf 9.560 insolvente Unternehmen konfrontiert. Ein ähnliches Bild liefern die Zahlen der Landesstatistiker für die badischen Regierungsbezirke. Mehr als doppelt so viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gingen 2009 im Karlsruher Bezirk in die →

Der Himmel lichtet sich: Kommt das Insolvenzplanverfahren zum Einsatz, kann das angeschlagene Unternehmen in der Insolvenz saniert werden.

Insolvenz (112 im Vergleich zu 51 im Jahr 2008). Auch beim Handel mussten 170 Firmen den Weg in die Pleite antreten, 2008 waren es noch 108. Der Trend setzt sich bei den Dienstleistungen fort (2009: 171, 2008: 126). In Freiburg das gleiche Bild: 99 Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe 2009 (2008: 56), 130 im Handel (2008: 116) und 132 bei Dienstleistern (2008: 121). Ob Branche oder Bundesland – die Insolvenzentwicklung wird im Wesentlichen vom finanziellen und konjunkturellen Umfeld bestimmt. Ist die Wirtschaftslage schlecht, geht das zumeist auch mit einer schlechteren Zahlungsmoral der Kunden einher. So kommt der „Creditreform DRD-Index“ zum Zahlungsverhalten in Deutschland im Frühjahr 2010 zum Ergebnis, dass diejenigen Wirtschaftsbereiche, die bereits mit einer schwierigen Geschäftslage und hohen Insolvenzraten zu kämpfen haben, durch die schlechte Zahlungsmoral der Kunden zusätzlich belastet werden. So bewerten die Unternehmen aus der Metall- und Elektrobranche, der Verkehrs- und Logistikwirtschaft sowie aus der Bauwirtschaft das Zahlungsverhalten ihrer Kunden mit schlechteren Noten als im Vorjahr. Durch hohe Zahlungsausfälle und eine schleppende Zahlungsweise entstehen schnell Liquiditätseingpässe und Unternehmenskrisen. Doch Unternehmen haben nicht nur mit schwächelnden Geschäftskunden zu tun. In den vergangenen Jahren stellen auch immer mehr private Schuldenmacher ein Gefährdungspotenzial

dar. Es droht der überschuldete, insolvente Verbraucher. Die Hamburger Wirtschaftsauskunftei Bürgel gibt die Forderungsverluste, die deutschen Unternehmen im Jahr 2006 durch Privatinsolvenzen entstanden sind, auf insgesamt mehr als 5,6 Milliarden Euro an, durchschnittlich also rund 61.000 Euro pro Insolvenz.

Wer sich in diesen Tagen als kleiner Handwerksbetrieb oder Dienstleister die Zahlen ansieht, hat allen Grund zur Ermüchterung. Denn meist sind es gerade diese Firmen, die aufgrund ihrer schwachen Kapitaldecke, einem ungenügenden Mahnwesen und wegen eines schwachen Kreditmanagements die Leidtragenden der Verbraucherinsolvenzen sind. Deren Zahl wird 2010 einer neuen Höchstwert erreichen – insgesamt 140.000 sollen es nach Bürgel sein. Schon im ersten Halbjahr nahm die Zahl zahlungsunfähiger Schuldner im Vergleich zum Vorjahr nach Schätzungen von Creditreform um 13,3 Prozent auf 54.780 Fälle zu. Zum Vergleich: 2001 waren es im gleichen Zeitraum „magere“ 7.400 Verbraucherinsolvenzen. Auch in Baden-Württemberg nahmen die privaten Insolvenzen im ersten Quartal dieses Jahres um 10,1 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2009 zu. Rund 6,2 Millionen Deutsche gelten als überschuldet, da sie mit den laufenden Einnahmen ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen können.

Fotos: iStockphoto, Fotolia

David Wolf

Aufgeklart: Oft macht das Insolvenzplanverfahren den Weg frei für einen Neuanfang. Die Geschäftspartner bleiben erhalten und das Know-how in der Firma.